

Liebe Freunde der Freiheit,

Kärnten hat gewählt. Eine genauere Analyse findest Du in dieser Ausgabe. Die Freiheitliche Jugend gratuliert der Kärntner FPÖ und ihrem Landeshauptmann Dr. Jörg Haider von ganzem Herzen. Eins ist sicher: Mit Jörg Haider ist wieder zu rechnen. Der Erfolg, der so nicht zu erwarten war und auch von keinem Demoskopen hervorgesagt wurde, hat Folgen auf die innerparteiliche Gewichtung der FPÖ. Ob direkt oder indirekt bleibt abzuwarten.

Auch für uns deutsche Freiheitliche war der Wahlerfolg der Kärntner FPÖ ein wichtiges Zeichen. Die erstarkte Position Haiders läßt Hoffnung auf ein über Kärnten hinausgehendes Engagement aufkommen. Schon einmal ist die FPÖ am Rückzug Haiders beinahe zu Grunde gegangen. Will Haider die FPÖ dauerhaft stabilisieren, so muß er auch über Kärnten hinaus die Initiative ergreifen. Die Europawahl könnte hierfür ein bedeutender erster Schritt sein. Hiervon könnten auch die deutschen Freiheitlichen profitieren. Mittels der Freiheitlichen Initiative Deutschland e.V. (FID/ www.freiheitliche-initiative.de) hat die FPÖ hierzulande zumindest einen seriösen Ansprechpartner. Daß es bislang nicht für mehr reichte, ist höchst bedauerlich. Mehr hierzu findest Du unter der Rubrik „freiheitliche Partner“. Aber mit dem Erfolg Haiders entsteht nun auch in Deutschland eine neue Situation. Haider hat weder die Zeit noch hat er es nötig, nacheinander 10 oder 20 freiheitliche Vertreter aus Deutschland zu empfangen. Er will sie gleichzeitig sprechen. Und er will dabei das Gefühl haben, einen einzelnen Gesprächspartner vor sich zu haben. Haider könnte einen hohen Druck auf unsere Altvorderen aufbauen. Wer sich in dieser Konstellation noch der gemeinsamen Sache in den Weg stellt, dürfte wohl von seinem Parteivolk davongejagt werden. Womit wir auch schon dabei sind, was der 7. März für uns, für alle organisatorisch Ungebundenen und Basismitglieder von freiheitlichen Parteien, Vereinen und Zirkeln bedeutet. Druck ausüben! Druck, der unsere Fürsten von ihren

So sehen Sieger aus Kärntenwahl-Gewinner

Jörg Haider



Landeshauptmann Dr. Jörg Haider verteilten Vertreter der FID in Villach und Klagenfurt 1.000 Münchner Weißwürste. Die Aktion stand unter dem Motto „Die dümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber. Aber die Kärntner san gescheid`a – und wählen Jörg Haider!“ Die bayrischen Weißwürste fanden reißenden Absatz und

liebgewonnenen Pfründen loslassen läßt. Es bedarf aber auch eines klaren Signals aus den Reihen der Freiheitlichen der CDU und FDP. Die hasenfüßige Lauerstellung muß aufgegeben werden. Sie müssen den innerparteilichen Kampf aufnehmen, um Bündnissen mit einer freiheitlichen Partei zumindest für den Anfang auf kommunaler Ebene den Weg zu ebnet.

mit jungfreiheitlichen Grüßen
Steve (Schwittek)

großen Dank bei der Kärntner FPÖ. Auch zum politischen Aschermittwoch der Kärntner FPÖ in Althofen war eine Delegation der FID zu Gast. Hier einige Zitate aus der eineinhalbstündigen Rede von Jörg Haider:

"Blair, Schröder und Chirac kommen mir vor, wie die drei Tenöre. Sie sind nicht mehr ganz taufrisch, sauteuer und wenn sie auftreten, vergeifen sie sich immer öfter im ~~Tau~~." zwei Möglichkeiten wählt Schröder immer die falsche. Jetzt wieder. Statt als Bundeskanzler ist er als Parteichef zurückgetreten. - Das ist schon eine seltsame Logik: Jemanden, der für die eigenen Genossen nicht mehr gut genug ist, kann man offenbar der Bevölkerung noch zumuten."

"Früher war Made in Germany ein Qualitätssiegel. Heute ist es ein Warnsignal, weil da der Wurm drin ist."

"Soviel Geld nach Brüssel zahlen, um dann ein paar Würstchen vorgesetzt zu bekommen, das kann's ja nicht sein."

"Schröder hat es mit seiner Wirtschaftspolitik zustande gebracht, dass den Deutschen auch ohne Jahrhundertflut das Wasser bis zum Hals steht."

"Mit dem Ambrozy ist es wie mit Zwentendorf: Überhaupt keine Ausstrahlung."

Freiheitliche Jugend intern

Gutmensch 2003

Noch bis Ende März können Vorschläge für den politisch korrektesten Gutmenschen des vergangenen Jahres eingereicht werden. Stichtag ist der 31.03.2004. Gesucht wird der politisch korrekteste Gutmensch, der 2003 am meisten für die political correctness getan hat. Vorschläge sind bitte mit einer Begründung schriftlich (per Mail oder per Post) an die Bundesgeschäftsstelle der Freiheitlichen Jugend zu senden (Freiheitliche Jugend e.V.: Postfach 18 01 55, 10205 Berlin; Mail: fj.bund@gmx.de).

Freiheitliche Partner

Freiheitliche Initiative Deutschland

Am 28. Februar konnte sich die Kärntner FPÖ über Wahlkampfhilfe aus Bayern freuen. In Absprache mit

Junge Konservative

Hier nochmals der Hinweis auf die Internetpräsenz der Jungen Konservativen zum Thema der diskutierten

Aufnahme der Türkei in die Europäische Union:
<http://www.eugon-von-savoyen.de>

Freiheitliche Initiative Deutschland



Bei der Vorstandssitzung zum Jahresende in Bayreuth hat der Vorstand der Freiheitlichen Initiative Deutschlands beschlossen, die Vorgehensweise für die Zukunft zu verändern. Grund hierfür ist die Erkenntnis, daß trotz intensivsten Bemühens eine Zusammenarbeit aller nationalen, konservativen Parteien in Deutschland als Verbandsmitglieder und damit nicht mal auf neutraler Basis möglich ist. Die Gründe hierfür sind vielfältig, liegen jedoch in erster Linie in der falschen Einschätzung und persönlichen Eitelkeiten der eigenen Situation in diesen Parteien. Auch wird Egoismus über Patriotismus bei einigen Parteifunktionären gestellt. Diese sind zwar in der Minderheit, jedoch derzeit immer noch in den Positionen angesiedelt, die die Entscheidungen treffen. Der Wille ist bei einigen noch nicht vorhanden und damit erscheint auch kein Weg möglich. Auch Parteiführer, die den Weg mit der FID zu gehen gewillt waren, konnten sich in Ihren Parteien nicht durchsetzen ohne hier interne Schwierigkeiten in Kauf nehmen zu müssen.

Auf der anderen Seite gibt es in allen Parteien genügend Persönlichkeiten, die zu der Einsicht gelangt sind, daß nur eine geschlossene neue Partei im nationalen, konservativen, freiheitlichen Lager in der Lage ist, das Potential zu sammeln und dieses erfolgreich zu repräsentieren. Diese Persönlichkeiten gilt es jetzt für die FID als Einzelmitglieder zu gewinnen, um sich deren Mitarbeit für die Zukunft zu sichern. Parteien werden als Verbandsmitglieder nicht mehr beworben, es sei denn, sie bekennen sich uneingeschränkt zu den Zielen der FID.

Als Verbandsmitglieder sucht die FID nun ähnliche Gruppierungen um das Netzwerk weiter auszubauen. Die Kontakte zur FPÖ werden allerdings verstärkt, da hier die Talsohle durchschritten ist und unsere österreichi-

schen Freunde wieder Tritt gefaßt haben.

Ob die FID im Juni 2004 in diversen Bundesländern, vornehmlich in Süddeutschland, mit prominenten Europakritikern zur Europawahl antritt, ist derzeit noch offen. Dieses

ist natürlich möglich, wenn dieses von der FPÖ und der FID gemeinsam gewünscht wird. Für diesen Fall trifft die FID derzeit die entsprechenden Vorbereitungen. Besonders bemüht man sich derzeit um kompetente und unabhängige Kandidaten für eine repräsentative Liste.

Die hier abgedruckte Meldung der FID erschien am 15.02.2004 im Forum von www.nf-medien.de (auch erreichbar unter www.neue-freiheit.info). Es entbrannte eine längere Debatte. Nachfolgend findet ihr den Abdruck des Kommentars vom FJ-Bundesvorsitzenden Steve Schwittek: Das Scheitern der FID ist [...] mehr als peinlich für unser Parteienspektrum. Die FID diene als neutraler Ort, an dem man sich traf, um Worte in Taten umzuwandeln.

Reden wir doch mal Tacheles! Die Leute haben ein Recht darauf zu erfahren, an welchen Personen es gescheitert ist. Zu meinem eigenen Bedauern muß ich hier gleich an erster Stelle Herrn Dr. Heiner Kappel nennen. Ich war bis zum 31.12.2003 selbst Mitglied im FID-Bundesvorstand und habe dessen Verhalten mehrfach live erleben dürfen. Kappel fuhr eine verlogene Doppelstrategie. Einerseits tat er nach außen hin, als wenn die FID der richtige Weg wäre, um die Kräfte zu bündeln. Auf der anderen Seite hat er die FID als Plattform mißbraucht, um Personen anderer FID-Partner für die DP abzuwerben und sein eigentliches Ziel, daß er ja mittlerweile mehr oder weniger offen forciert, die DP als die "einzig wahre" Sammelpartei zu etablieren, weiter voran zu treiben. Dieses Doppelspiel hat den Frieden innerhalb der FID immer wieder gestört. Die Republikaner (Bundesvorstand) haben hauptsächlich aus 2 Gründen der FID eine Absage erteilt. Zum einen monierten sie handwerkliche Fehler bei der FID hinsichtlich der Vorbereitung, Organisation und Durchführung

des anvisierten Europawahlkampfes. Einige Kritikpunkte waren berechtigt, was auch ich mir selbst als ehemaliges Bundesvorstandsmitglied der FID ankreiden muß. Zum anderen, und das war wohl letztendlich ausschlaggebend, hatten die Republikaner wenig Lust, sich mit Leuten an einen Tisch zu setzen, die sie gerade erst los geworden sind. Hierbei handelte es sich vorwiegend um Personen, die mit ihrem persönlichen Verhalten das innerparteiliche Leben der Republikaner erschwerten und nun nach Abwerbung von Kappel in der DP weiter agieren. Wer mich kennt, der weiß, daß ich kein Freund der Republikaner bin. Es liegt mir also fern, hier den Republikanern einen Persilschein auszustellen. Aber ihre Entscheidung habe ich aus sachlichen Gründen verstehen können. Ich hätte genauso gehandelt. Den Beschluß, zur Europawahl anzutreten, hatte die DP schon lange vor dem Scheitern der FID gefaßt. Es wurde damit sogar ganz offen gedroht – am Verhandlungstisch der FID. Ich habe zu BFB-Zeiten große Stücke auf Herrn Kappel gehalten. Aber er hat sein Verhalten komplett verändert und damit letztendlich auch eine große Teilschuld am Scheitern der FID.

Das Scheitern zeigt aber auch auf, daß wir uns darüber Gedanken machen müssen, was zum freiheitlichen Spektrum gehört. Haben "rechte" FDP'ler und (Ex-)Angehörige der NPD wirklich die gleichen Ziele? Umfaßt das freiheitliche Spektrum tatsächlich eine solche Bandbreite? Wer nach Österreich schaut, bekommt die Antwort. Dort tobt ein Lagerkampf, der an Härte und Gegensätzlichkeit innerhalb einer Partei kaum zu überbieten ist. Grundsätzlich sollten die Attribute liberal, konservativ, national schon die Eckpfeiler einer freiheitlichen Bewegung sein. Es kann jedoch nicht sein, daß sie alle auf alle Themengebiete anwendbar sind. Damit ist ein Richtungsstreit vorprogrammiert. Während das nationale Element wohl vor allem die Außen-, Sicherheits- und Migrationspolitik bestimmen sollte, dürften die Wirtschafts-, Sozial- und Gesundheitspolitik wohl eher einen

liberalen und die Familien- und Bildungspolitik einen konservativen Anstrich bekommen. Nur weil die NPD eine rigide Migrationspolitik einfordert, sind es noch keine Freiheitlichen. Die NPD verfolgt im Gegensatz zu den Freiheitlichen einen etatistischen Politikansatz. Über manch Volk, was bei der NPD rumrennt, will ich mich schon gar nicht weiter äußern. Müssen wir also derlei Parteien versuchen, mit einzubinden? NEIN! Kappel will genau das.

Abschließend noch ein frommer Wunsch für die Zukunft der FID. Den Antritt bei den Europawahlen halte ich nicht für empfehlenswert, da sie sich sonst ungewollt den Status einer Konkurrenz zu ihren eigenen Partnern erarbeitet. Da die Erfolgsaussichten gleich Null sind, ist es eh Quatsch.

Wenn die FID sich schon künftig an Wahlen beteiligen will, sollte dies vorerst ausschließlich auf kommunaler Ebene geschehen. Hierbei ließe sich ein Modell entwickeln, wonach die FID überall dort bei Kommunalwahlen antritt, wo die Partner bei der letzten Wahl jeder für sich unter (beispielsweise) 3% blieben. Hier hat niemand etwas zu verteidigen.

Die Kräfte werden gebündelt und der Wahlkampf unter dem Logo der FID geführt. Dort, wo einer der Partner bei der letzten Wahl über 3% kam, tritt diese Partei auch zur Wiederwahl an, wobei sie von den anderen Parteien der FID unterstützt wird (Stichwort: offene Liste).

Wir Freiheitlichen werden es innerhalb der nächsten Jahre nicht schaffen, unsere Zersplitterung zu überwinden. Dies wäre ein geeigneter Weg, um die Leute auch auf der Basisebene zusammenzuführen.

Genau für diese Zusammenführung setzt sich ja auch die FJ auf der Jugendebene ein. Auf Jugendebene ist das schon wesentlich einfacher, aber auch nicht ideal. Das kann man ja auch daran erkennen, daß sich die Jugend zwar auf eine Dachverbandsjugendorganisation einigen kann, aber nicht auf eine einzige gemeinsame Bewegung. Vielleicht kann die FJ im Verlaufe der nächsten Jahre hierfür den Weg bereiten. Wenn die Leute soweit sind, kann man die Einzelorganisationen und die FJ in die Tonne treten und eine 100%ige Gemein-

schaftsjugendorganisation zum Leben erwecken.

Jeden Tag wünsche ich mir, daß schon heute Jugendliche heranwachsen, die unserer heutigen jungen Generation der Freiheitlichen in ein paar Jahren mit Nachdruck erklären, daß sie auf unsere merkwürdigen Spielchen (Dachverband etc.) keine Lust mehr haben, uns (dann mittlerweile) Alten davonjagen und genau diesen nächsten Schritt begehen. Wenn der Tag erreicht ist, kann man sich beruhigt zur Ruhe setzen und die nächste Generation anlassen. Warum ich diese sentimentalen Zeilen schreibe? Um zu verdeutlichen, was unserer heutigen älteren Generation fehlt: Selbstkritik! Macht Platz!!!!!!!

Liberaler Gesellschaft



Der langjährige Vorsitzende der Liberalen Gesellschaft e.V., Markus Roscher, legt nun auch sein Amt als Vor-

sitzender der LG nieder und will sich zukünftig intensiver seiner Familie, seinem Beruf als Rechtsanwalt und Strafverteidiger sowie seinem Hobby, der Musik, widmen. Roscher: "Die Struktur unseres Parteienstaates und der ständige Wahlkampf lassen keinen vernünftigen Ansatz für Reformen in unserem Land entstehen." Roscher war zuletzt auch von all seinen Parteiämtern in der CDU zurück getreten. "Menschen mit Visionen und einem ehrlichen, gutgemeinten Patriotismus werden verlacht oder beschimpft. Das Zwangskorsett einer Partei zerstört jedwede Kreativität. Um mir noch einen Funken Idealismus zu bewahren, werde ich mich zukünftig von der Politik fernhalten.", so Roscher.

Young4FUN

Lukas Reimann, Mit-Gründer und Co-Präsident der schweizerischen Jugendorganisation Young4FUN (www.young4FUN.ch) kandidiert am 14. März 2004 für die Kantonsratswahlen im Kanton St. Gallen. Nach 6 Jahren unermüdlichen politischen



Engagements will er nun seine Ideen und Überzeugungen „gradlinig, unverfälscht und dynamisch“ im Parlament einbringen. Nachfolgend drucken wir mit freundlicher Genehmigung ein Interview mit Lukas Reimann ab, welches am 17.02.2004 von Sabrina Schmid geführt wurde. Wer mehr über die politische Arbeit von Lukas Reimann erfahren möchte, kann sich nun auf dessen neuer Internetseite direkt informieren: www.lukas-reimann.ch

Lukas, Du machst enorm viel für unser Land und kämpfst. Woher nimmst Du die Motivation?

Da gibt es zwei Punkte:

a) Heimatliebe: Mach einmal eine Fahrt durch unsere wunderschöne Gegend und sprich mit den Menschen dieser Region. Die Bewohner von Wil-Untertoggenburg arbeiten ehrlich, die Leute sind sympathisch und äußerst herzlich. Meine Arbeit habe ich immer für das Gemeinwohl dieser Menschen getan. Sie haben eine bessere Politik verdient! Dafür denke ich, lohnt sich jede Sekunde!
b) Sorge: Weil ich echt besorgt bin um die Zukunft unseres Landes. Ich bin der Überzeugung, daß bei uns einiges aus dem Ruder gelaufen ist und ich gerade auch im Kantonsrat einen dynamischen, gradlinigen Einsatz für eine bessere Zukunft leisten kann.

Wie siehst Du Deine Wahlchancen für die Kantonsratswahlen vom 14. März?

Es wird auf alle Fälle knapp und wir müssen um jede Stimme kämpfen. Zum jetzigen Zeitpunkt denke ich stehen die Chancen bei 50%.

Wenn Du gewählt wirst, was wäre Dein erster Antrag im Kantonsrat?

Ich werde mich auf allen Stufen für die totale Transparenz einsetzen! Und deshalb würde mein erster

Antrag lauten, dass sämtliche Abstimmungsprotokolle des Kantonsrates dem Bürger einfacher verfügbar gemacht werden. Das Volk muss wissen, wer im Kantonsrat wie stimmt. Es ist für mich völlig unverständlich, dass z.B. im Internet die Abstimmungsergebnisse und Präsenzzahlen des Kantonsparlaments nicht publiziert werden. Hier besteht Handlungsbedarf und hier werde ich sofort einen Antrag für mehr Transparenz stellen. Als junger Bürger kenne ich keinen Filz und ich stehe immer dazu, wofür ich mich einsetze.

Seit Du Kantonalpräsident der Jungen SVP bist, hat sich die Mitgliederzahl mehr als verdreifacht. Wieso?

Es sind die Menschen, die zählen! Bei uns ist man als Mitglied nicht einfach eine Nummer. Man wird wahrgenommen und kann sich aktiv einbringen. Der Vorstand ist ein eingespieltes Team, die Motivation stimmt. Wir haben klare Ziele für die wir uns unermüdlich einsetzen. Daraus entsteht ein breit abgestütztes, überzeugendes Programm.

Immer mehr Jugendliche merken, dass wir für eine zukunftsorientierte Politik stehen und diese auch real umsetzen!

Du wehrst Dich in Deiner Wahlkampagne gegen den Polit-Filz. Was meinst Du damit?

Immer wieder, wenn ich mich politisch einsetze, stoße ich auf eine dicke Filz-Decke, die nicht für das Gemeinwohl politisiert, sondern Eigeninteressen in den Vordergrund stellt. Hier ein Ämtli, dort ein Päckli, Polit-Pfründe da, Gefälligkeiten hier. Da kommen die Interessen der Allgemeinheit gnadenlos unter die Räder!

Der Kampf gegen diesen Filz steht für mich an vorderster Stelle. Karrieristen gehören nicht in die Politik. Denn nur Leute, die nicht an Ämtern hängen und somit immer offen sagen, was sie denken, dienen der Sache. Ich kandidiere nicht weil ich etwas werden muß oder gar weil ich geschäftlich Vorteile hätte. Nein! Ich stehe nicht für irgend eine Lobby oder Filzgruppe ein, sondern für das Volk und für unsere Region. Meine Stimme ist die Stimme des Volkes!

Du trittst für eine harte Ausländerpolitik ein. Das wird oft kritisiert.

Reden wir Klartext: Unsere Justiz ist mit einschlägigen Delikten von Ausländern überlastet. Unsere Gefängnisse von Nicht-Schweizern überfüllt! Ich trete für eine realistische Ausländerpolitik ein. Das nützt auch dem großen Mehr, nämlich jener Ausländer, die sich korrekt verhalten und auch bei uns willkommen sind. Es ist ja bloß eine Minderheit, die Probleme macht. Aber die schadet dem Ruf aller Vertreter ihrer Volksgruppen.

Was ist das Negativste, daß Du in der Politik je erlebt hast?

In den letzten vier Jahren habe ich allerhand erlebt. Nächtliche anonyme Anrufe, Virusattacken auf meine Mailadresse, Drohbriefe, im Abstimmungskampf gegen den UNO-Beitritt, als ich mich stark engagierte, gab es sogar Morddrohungen und als ich einen Brief öffnete, war darin weißes Pulver. Das war schon ein ungutes Gefühl, damals war gerade die Zeit der Anthrax-Anschläge. Zum Glück war es nur Waschpulver, aber ich konnte nicht darüber lachen. An solche Dinge habe ich mich gewöhnt und ich muß sie wohl leider in Kauf nehmen. Speziell bewundern muß ich hierbei Leute aus meinem engsten Umfeld, die nicht immer meine Meinung teilen, aber einige dieser fieseren Sachen mitbekommen und dann erst recht zu mir stehen. Ich bin sehr dankbar dafür!



Weshalb sollte eine Wählerin oder ein Wähler Dir vertrauen?

Mir muß man nicht vertrauen, sondern schauen, was ich in den vergangenen vier Jahren alles bewegt habe und wie ich arbeite, kämpfe und handle. Ich denke da an die Kampagne zur Wahrung der Volksrechte, an das Referendum gegen Millionen-Steuererhöhungen an nicht bedürftige Gemeinden im Ausland, an das Jugendkomitee gegen den EU-Beitritt

und an viele weitere Punkte. Das spricht für mich. Viele Politiker werben mit „Vertrauen“. Aber was zählt ist das Handeln!

Möchtest Du noch etwas sagen?

Ja! Viele Menschen aus der Region unterstützen mich jetzt im Wahlkampf. Sei es mit motivierenden Briefen, guten Ideen, aktiv bei Standaktionen oder mit einer Spende! Das hat mich überrascht und riesig gefreut. Für all diese Unterstützung möchte ich von Herzen danken! Ohne sie wäre eine Kandidatur gar nicht möglich!

Freiheitliche Termine

Veranstalter: Hanns-Seidel-Stiftung
Ort: 12277 Berlin, Möhringstraße 3
Datum: 20.03.2004,
Veranstaltung: Vortrag
Thema: „Die außenpolitischen Interessen der BRD“
Kosten: 5,- €

Veranstalter: Förderverein Militär-museum Brandenburg-Preußen
Ort: Sitz des Veranstalters
Datum: 20.03.2004
Veranstaltung: Ausstellungseröffnung
Thema: „Preußische Kadetten“

Veranstalter: Gedenkbibliothek
Ort: 10178 Berlin, Nikolaikirchplatz 5
Datum: 24.03.2004, 19.00 Uhr
Veranstaltung: Lesung
Referent: Jürgen K. Hultenreich (Schriftsteller)
Thema: „Die Schillergruft“
Hinweis: „Mitte der sechziger Jahre lernt der junge Georg Hull nach einem gescheiterten

Fluchtversuch die Mühen von Psychiatrie und Justiz kennen. Seine Fähigkeit, fehlerfrei Schiller zu zitieren, gibt ihm Halt in der Irrenanstalt und eröffnet ihm Möglichkeiten gegenüber seinen Vernehmern.“ Jürgen K. Hultenreich wurde 1948 in Erfurt geboren, arbeitete als Berufsmusiker und studierte in Leipzig Bibliothekswesen. Wegen „versuchter Republikflucht“ saß er ein halbes Jahr im Gefängnis. Seit Verlassen

der DDR 1985 lebt er als freier Schriftsteller in Westberlin. Noch im gleichen Jahr erscheint sein Gedichtband „Langsam rückwärts ist eine kräftige Gangart“, später die Erzählung „Die 748-Schritte-Reise“ und die Geschichte „Die Entfernung der Nähe“.

Veranstalter: Hanns Seidel-Stiftung
Ort: St.Burkardus-Haus am Dom; 97070 Würzburg, Am Bruderhof 1
Datum: 30.03.2004, 09.30 Uhr
Veranstaltung: Vortrag
Referent: Prof. Dr. Wolfgang Harbrecht
Thema: „Die Osterweiterung der EU“

Veranstalter: Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik
Ort: Landesvertretung Sachsen-Anhalt; 10117 Berlin, Luisenstraße 18
Datum: 01.04.2004
Veranstaltung: Vortrag
Referent: Generalinspekteur Schneiderhahn

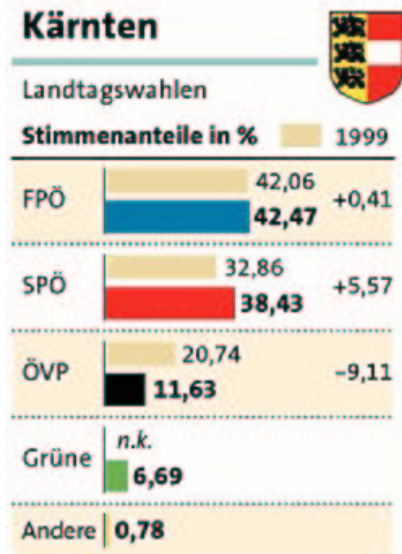
Veranstalter: Gedenkbibliothek
Ort: 10178 Berlin, Nikolaikirchplatz 5
Datum: 07.04.2004, 19.00 Uhr
Veranstaltung: Buchpräsentation
Referent: Bernd Ulbrich
Thema: „Diesseits und Jenseits“
Hinweis: „Robert, Ostberliner Dramatiker, und sein Freund Flam erleben den Mauerfall. Ursprünglich war Flam bis Mitte der achtziger Jahre dessen Dramaturg und persönlicher IM. Durch einen schweren Autounfall zu dieser Zeit, in dessen Verlauf Robert Dr. Flamberger das Leben rettet, erwacht nicht dieser aus dem Koma, sondern im Körper des IM durch ein „göttliches“ Versehen zu neuem Leben, Jean-Louis Flamery, Marquis de Charonne, 1794 wegen angeblichen Verrats vom Revolutionstribunal verurteilt und guillotiniert. Ausgestattet mit einigen fragwürdigen übermenschlichen Eigenschaften und Erfahrungen ist er Robert nunmehr Gewissen und Hilfe in prekären Situationen. Dessen ungeachtet muß Robert seine Erfahrungen selbst machen und durch die Höhen und Tiefen von Leidenschaft und Leid, Verrat, Intrige, Verlust zu seiner Bestimmung und Liebe finden.“

Veranstalter: Gedenkbibliothek
Ort: 10178 Berlin, Nikolaikirchplatz 5
Datum: 21.04.2004, 19.00 Uhr
Veranstaltung: Vortrag/ Ausstellung

Referent: Dr. Bodo Ritscher (Gedenkstätte Buchenwald)
Thema: „Das Totenbuch – zur sowjetischen Internierungspraxis...“
Hinweis: „Seit April 1945 verhafteten die sowjetische Geheimpolizei und die militärische Abwehr Smersch nach eigenen Angaben allein in der SBZ über 120.000 deutsche Zivilisten. (Bereits zuvor waren Zehntausende „Volksdeutsche“ und Bewohner der deutschen Ostgebiete inhaftiert und zumeist zum Arbeitseinsatz in die UdSSR verschleppt worden.) Sie kamen in sogenannte Speziallager und blieben bis 1948 oder 1950 zumeist ohne Gerichtsurteil in Haft. Mehrere Tausend Lagerinsassen verbrachte man anschließend in DDR-Gefängnisse oder sowjetische Lager. Weit über ein Drittel der Gefangenen überlebte die Lager nicht.“
Ausstellungseröffnung: „WORKUTA – zur Geschichte eines sowjetischen Straf-lagers“

Veranstalter: Bund der Selbständigen/ Deutschland Brief
Ort: Hotel Maritim; Fulda
Datum, Uhrzeit: 08.05.2004, 09.30 Uhr
Veranstaltung: Vortrag/ Podiumsdiskussion
Referent: Martin Hohmann (MdB), Vera Lengsfeld (MdB), Udo Ulfkotte (Autor), General a.D. Gerd Schultze-Rhonhof, Dr. Achim Rohde (Möller-mann-Vertrauter), Friedhelm Pflüger (MdB)
Kosten: 45,- €/ 30,- €
Hinweis: Anmeldung erforderlich (Bandulet Verlag GmbH, Kurhausstraße 12, 97688 Bad Kissingen, Tel.: 097 16 82 57, Fax: 097 16 90 56, mail: info@deutschlandbrief.net, www.bandulet.de

Kärnten Wahl – Jörg Haider großer Gewinner



Für Freunde und Feinde des Kärntner Landeshauptmannes Jörg Haider war der Sieg der Freiheitlichen eine riesige Überraschung. Mit über 42 % konnte er nach einem in Kärnten noch nie da gewesen Wahlkampf die Kärntner motivieren ein Kreuzchen am

Wahlzettel für die FPÖ zu machen. Die Wahlkampfkosten aller Parteien haben schon astronomische Ausmaße angenommen. Die Bundes-FPÖ die bei zehn Prozent ihr Dasein fristet hat nun wieder eine Erfolgsmeldung. Großer Verlierer ist die Österreichische Volkspartei (ÖVP), die nahezu halbiert wurde. Die Grünen schafften erstmals den Einzug in das Klagenfurter Landhaus mit zwei Sitzen. Die Sozialdemokraten in Umfragen der FPÖ voraus, konnten zwar dazu gewinnen aber blieben weit unter den Erwartungen. Aber wie kam es zu diesem Sieg? Es war und ist sicherlich keine Kärntner Erfolgsgeschichte die unter Jörg Haider's Regentschaft diesen Wahlsieg ermöglicht hat. Es war sicherlich die Schwäche der Gegenkandidaten die Jörg Haider im Wahlkampf zu Höchstform erstarben ließen. Denn Kärntens wirtschaftliche Probleme wurden nicht gelöst. Aber im Angesicht der Alternative eines faden und farblosen SPÖ-Fossils Peter Ambrozy traten wirtschaftliche Argumente in den Hintergrund. Denn Peter Ambrozy wäre ein Rückfall in die ursozialistische Vergangenheit von Stillstand und hätte die Rückkehr ausgedienter Funktionäre an die Macht geführt. Die Österreichische Volkspartei hat den Denkzettel für die Politik von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel bekommen, aber auch die taktischen Fehler auf Landesebene führten zu dem histori-

Freiheitliche Standpunkte

schen Tiefflug der Kärntner Konservativen.

Da eine Wiederwahl des Landeshauptmannes im Landtag stattfindet, hat SPÖ-Obmann (Vorsitzender) Peter Ambrozy in Rekordzeit eine Koalitionsvereinbarung mit Haider's FPÖ geschlossen. In der Kärntner und der Bundes-SPÖ hat nun der seit Jahren vorhandene Streit im Umgang mit Jörg Haider neuen Auftrieb. Bei Ambrozy mutmaßt man auch dass er sich in den gut bezahlten Landeshauptmannstellvertreter-Posten absichern wollte. Denn desto mehr Zeit vergeht, desto eher würde der rote Sündenbock für das nicht erreichte Ziel Nummer eins im Land zu werden gefunden und schließlich abgewählt werden.

Nur mit dem Sieg Jörg Haider in seiner Wahlheimat Kärnten (Haider ist gebürtiger Oberösterreicher) ist er nun wieder ein Machtfaktor innerhalb der österreichischen Bundespolitik. Es wirt sich zeigen ob die FPÖ auch auf Bundesebene wieder Erfolge verbuchen kann. So wie es aussieht ist die FPÖ nur dann erfolgreich wenn Jörg Haider erfolgreich ist.

Europäischer Stellungskrieg

Autor: Oliver Morenow

Ende April müssen sich die Entsandten der 10 neuen Mitgliedsstaaten, die künftig ab November in der EU-Kommission für ihre Länder Platz nehmen wollen, dem Europäischen Parlament vorstellen. Estland wird Siim Kallas entsenden, der von 1972 bis zur Wende 1990 der kommunistischen Partei der Sowjetunion die Treue hielt. Von 2002 bis 2003 war er Ministerpräsident seines Landes. Lettland will sich von Sandra Kalniete vertreten lassen. Sie gehört der Partei des Regierungschefs Repse an, der Anfang Februar samt Kabinett zurücktreten mußte. Litauen vertraut seiner aktuellen Finanzministerin, die beim „großen Bruder“ einst Wirtschaftswissenschaften studiert hatte. Malta schickt Joe Borg, seit 1999 Außenminister, in die Kommission. Polen soll von Danuta Hüb-



Kein Grund zur Beunruhigung: Im Extremfall verkürzt Temelin nur das Leiden der EU-Bürger. Das Ende ist vorprogrammiert.

ner vertreten werden, der seitens der Opposition Landesverrat vorgeworfen und mit einem Staatstribunal gedroht wird. Die Slowakei will ihren EU-Chefunterhändler Jan Figel gleich in Brüssel belassen. Gleiches gilt für Slowenien und ihren Delegierten Janez Potocnik sowie Ungarns Entsandten Peter Balasz. Tschechien entsendet Milos Kuzvart; noch bestens bekannt als Umweltminister seines Landes und vehementer Verteidiger des Atomkraftwerkes Temelin. Zypern will seinen Finanzminister Markos Kyprianou nach Brüssel schicken. Die Personalien dürften noch für Stimmung in Straßburg sorgen. Zumal die EVP bereits ihren „entschiedenen“ Widerstand gegen Sozialisten und Kommunisten ankündigte.

Neben derlei Possenspielen gerät nun der Streit um die EU-Finzen langsam mehr und mehr ins Rollen. Wie bereits im letzten DZ berichtet, stellte EU-Kommissionspräsident Romano Prodi am 10. Februar den Plan der EU-Kommission vor, wonach der EU-Haushalt künftig nicht mehr 1% sondern 1,24% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) entsprechen solle. Damit würde sich der Etat für den Zeitraum von 2007 an bis 2013 um etwa die Hälfte von 100 Milliarden auf ca. 154 Milliarden Euro pro Jahr erhöhen. Der Gesamtetat für 2007 bis 2013 betrüge dann etwa 1.100 Milliarden Euro. Derzeit kommt Deutschland für 24,4% des Etats auf. Es folgen Frankreich mit 16,7, Großbritannien mit 14,3%, Italien 13%, Spanien 7,7%, Niederlande 6,5%, Belgien 4% und Schweden 2,7%. Die übrigen Länder Österreich, Dänemark, Griechenland, Portugal, Finnland, Irland und Luxemburg kommen zusammen für die restlichen 10,7% auf. Sollte sich die EU-Kommission mit

ihrer Forderung durchsetzen, so müßte Deutschland beispielsweise im Jahre 2013 voraussichtlich 40,8 Milliarden Euro an die EU überweisen. Das entspräche 500 Millionen Euro pro Einwohner nach heutigem Stand. Mittlerweile hat dieser Konflikt auch die innerdeutsche Politik erreicht. Die Bundesregierung wehrt sich vehement gegen die Erhöhung des EU-Etats. Die Ministerpräsidenten der Bundes-

länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen, Berlin, aber auch Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen setzen sich eindringlich für eine Erhöhung des EU-Etats ein. Begründung: Ihre Bundesländer sind im Zielgebietsplan der EU zur strukturellen Förderung von Regionen. Dabei unterscheidet die EU in Ziel-1-Gebiete (Durchschnittseinkommen unter 75% des europäischen Durchschnitts) und Ziel-2-Gebiete (Durchschnittseinkommen über 75% aber wesentlich unter 100% des europäischen Durchschnitts). An die Bundesländer in der ehemaligen DDR gehen so bis 2006 insgesamt 20 Milliarden Euro Strukturfördermittel. Damit werden u. a. Konzerne subventioniert, wenn sie sich dort niederlassen.

Klar ist, daß nach dem 1. Mai die Fördermittel neu verteilt werden müssen. Der neue Einkommensdurchschnittswert der EU wird dramatisch sinken. Kein Bundesland würde mehr im Ziel-1-Gebiet liegen, einige nicht mal mehr im Ziel-2-Gebiet. EU-Regionalkommissar Michel Barnier hat bereits angekündigt, im Falle einer Aufstockung des EU-Etats Fördermittel weiterhin großzügig zu vergeben und ein sogenanntes Ziel-1a-Gebiet einzuführen. Die Mindereinnahmen der genannten Bundesländer würden sich entsprechend in Grenzen halten.

Stellt sich die Frage, ob mitteldeutsche Ministerpräsidenten mit völliger Dummheit gesegnet sind. Denn sollte sich die Erhöhung des EU-Etats durchsetzen lassen, bekämen sie zwar weiterhin EU-Gelder, wenn gleich auch nicht so üppig wie bisher. Nur müßte der Bund auch noch tiefer in die Taschen greifen, um den neuen EU-Haushalt zu finanzieren. Eine Milchmädchenrechnung, bei der Deutschland insgesamt auf jeden Fall hohe finanzielle Verluste hinnehmen müßte. Das wiederum ist den Landespolitikern unabhängig von ihrer politischen Färbung vollkommen egal. Besser kann ein Ministerpräsident jedenfalls nicht bezeugen, daß ihn sein Land einen Dreck interessiert.

Wer nun denkt, unsere Bundesregierung würde den patriotischen Reiter spielen, der sich tapfer dem

Kampf stellt, irrt gewaltig. Zwar benötigen Schröder und Fischer weiterhin jeden Cent, um ihn für die Fortsetzung ihrer kleinkarierten Ideologiemani- festierung auszugeben. Aber unter Um- ständen ließen sie sich umstimmen und den neuen EU-Haushalt passie- ren. Was also kann ihnen geboten werden, um horrende finanzielle Ver- luste zu Gunsten der EU ruhigen Ge- wissens wegzustecken? Spanien und Polen haben es bereits erkannt. Und langsam beginnt es zu dämmern, warum sich unsere EU'isten Ende letzten Jahres erstmals in ihrer Ge- schichte, und dann auch noch bei diesem Mammutprojekt, nicht einigen konnten. Spanien und Polen bieten ihre Zustimmung zur EU-Verfassung an und verzichten auf die Beibehal- tung der Stimmenverteilung nach dem Vertrag von Nizza. Im Gegenzug muß sich Deutschland für den neuen EU- Etat aussprechen, was Spanien und Polen etliche Milliarden beschere- n würde. Spanien und Polen, die knall- hart ihre nationalen Interessen verfol- gen, würde ein warmer Geldregen ins Haus stehen. Deutschland würde sich ein weiteres Mal finanziell ruinieren. Aber dafür hätten Schröder und Fi- scher mit der EU-Verfassung einen weiteren Schritt Richtung Auflösung Deutschlands unternommen. Die EU'isten der CDU/ CSU lassen keinen Widerstand erkennen. Jeder Freund Europas, jeder Freiheitliche ahnt, daß die Freude über die geplatze EU- Verfassung nur von kurzer Dauer war. Denn das jetzt langsam ans Tages- licht schimmernde Szenario übertrifft die schlimmsten Befürchtungen: eine von deutschen Steuergeldern erkaufte EU-Verfassung! Die Grundlage einer großartigen demokratischen Zukunft Europas.

Wählerauftrag zur Bruchlan- dung?

Autor: Harald Wiechmann

Wer ihn nicht kennt, hat eine Bil- dungslücke. Quax der Bruchpilot war und ist einer der köstlichsten Filmrol- len unseres unvergessenen Heinz Rühmann. Auch heute weiß fast jeder, was Quax der Bruchpilot verkörperte: Immer den Mund voll genommen, immer nichts dahinter. Im Film amüsiert das, im Leben nicht.

Die moderne Ausgabe von Quax heißt Gerd und klingt so volksnah, dass er sogar volksverbunden ist, nämlich über das Geld des kleinen Mannes. Und aus dem zu voll genommenen Munde hört man immer neue Chefsach- en, wie "Arbeit", "Agenda", "Innova- tion", faule Arbeitslose und so was alles. Der Original-Quax war allein, aber der Gerd nicht. Da gibt es jetzt nämlich einen Quax, der für die Maut zuständig ist, einen Quax für den Do- senpfand, einen Quax für die Finan- zen und eine Quax-Salberin, die für die Gesundheit zuständig ist. Bei Ü- berforderung von Familie Quax wer- den Quax-Kommissionen eingesetzt, damit die Bruchlandungen auch wirk- lich stattfinden.

Die Politiker aus der Quax-Einheits- Partei (SPD

- PDS- CDU- FDP- GRÜ NE) können des-

halb niemals Piloten werden, weil dazu die Ansprüche an Verlässlich- keit, an Sachkenntnis, an Mut und Ehrlichkeit zu hoch sind. Solange die Passagiere allerdings mit Quax zu- frieden sind, kann er seine Firlefanzen weitermachen. Wirklich besser wäre, das Cockpit komplett neu zu besetzen mit Leuten, die es ehrlich meinen und dem Volke dienen möchten. Wie viele Beulen sich der Wähler noch holen muß ist ungewiß. Indessen lebt Quax mit Diäten, die keine Schmal Kost dar- stellen, bislang komfortabel. Er ist auch in Aufsichtsräten vertreten, de- ren Adresse er kaum kennt.

Viele Wahlen dieses Jahr. Hoffentlich weniger Quaxe!!!

Wiederholungstäter gibt es nicht

Autor: Oliver Morenow

Mit Studien und Statistiken ist das immer so eine Sache. Bevor man sich mit ihrer Kernaussage beschäftigt, lohnt ein Blick auf den Verfasser und den Auftraggeber.

Anfang Februar stellten nun die Autoren Jörg-Martin Jehle (Univer- sität Göttingen), Wolfgang Heinz und Peter Sutterer (beide Universi- tät Konstanz) ihre Studie über die Rückfälligkeit von verurteilten Straf- tätern vor. Auftraggeber der Studie ist das Bundesministerium für Jus- tiz. Die Idee dafür kann man aber nicht der Ministerin Brigitte Zypries (SPD) zurechnen. Die Studie be- gann bereits 1994. Dabei beschäf- tigten sich die Autoren mit etwa 1.000.000 Menschen, die im Jahre 1994 von einem Gericht rechtskräf- tig verurteilt wurden, also zu einer Gefängnisstrafe, einer Bewährungs- strafe oder einer Geldstrafe. Beob- achtet wurde, ob diese Menschen bis 1998 nochmals straffällig wur- den. Die nochmalige Straffälligkeit wurde daran gemessen, ob eine der betroffenen Personen bis einschließlich 1998 einen weiteren Eintrag ins Bundeszentralregister (BZR) erhielt.

Um es vorweg zu nehmen: Die Erhebung ist prädestiniert für die Wahl der sinnlosesten Studie. Dabei ist das Ziel, die Erforschung der Rückfälligkeit von Straftätern, wohl lobenswert. Nur, die Mittel und Methoden lassen schon jeden Laien erkennen, daß das Ergebnis keiner- lei Aussagekraft hat.

So stellen die Herren Jehle, Heinz und Sutterer zur Zufriedenheit des Bundesjustizministeriums fest, daß zwei Drittel aller Verurteilten keine neuen Straftaten begingen. Dies gilt insbesondere für verurteilte Klein- kriminelle und Schwerverbrecher, wie zum Beispiel Mörder. Besorgt stellten unsere Gutmensch- Professoren fest, daß insbesondere



Nicht nur im Karneval für jeden Spaß zu haben: Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD)



Jörg-Martin Jehle, Avantgardist der „schlechte-Kindheit- Fraktion“ und somit beliebter und gern- gesehener Experte im Justizministerium von Rot-Grün

solche Verur- teilten rückfällig würden, die zu lang- jährigen Haftstrafen verurteilt wer- den würden. Dies gilt auch für inhaf- tierte Jugendliche. 1994 wurden insgesamt 3.300 Jugendliche zu Freiheitsstrafen verurteilt und noch vor 1998 wieder entlassen. 78% von

ihnen wurden bis 1998 erneut straffällig. Von den 20.000 Erwachsenen, die 1994 zu einer Haftstrafe verurteilt wurden, traten 56% von ihnen bis 1998 wieder kriminell in Erscheinung. Dagegen wurden nur 45% der zu Bewährungsstrafen Verurteilten rückfällig. Das Bundesministerium für Justiz hat bereits erste Rückschlüsse aus der Studie gezogen. So sollen die Möglichkeiten für junge Menschen noch weiter verbessert werden, im Gefängnis ihren Schulabschluß oder ihre Ausbildung machen zu können. Der Vorstoß macht stutzig. Schließlich ist dies auch heute schon in jeder Haftanstalt möglich. Selbst Studieren kann man heute im Knast – wofür man in Freiheit die Hürde des Numerus Clausus nehmen müßte. Ministerin Zypries ließ mittlerweile verlautbaren, daß es das Ziel sein müsse, weniger Menschen zu Haftstrafen zu verurteilen. Schließlich ließe die Studie erkennen, daß die Rückfallquote sinke, wenn man die Menschen in ihrem gewohnten sozialen Umfeld beläßt. Deutschlands Verteidiger gingen gar noch einen Schritt weiter und forderten die Abschaffung der Haftstrafe zu Gunsten anderweitiger Alternativen.

Wie bereits erwähnt: Das Ergebnis der Studie ist auf Grund der Methodik bestenfalls Hygieneliteratur. Daß Fachexperten des Bundesministeriums es wissentlich für ihr ideologisches Blendspiel einsetzen, spottet jeder Beschreibung und ruft bei Strafverfolgungsbehörden und Bürgern allenfalls Fassungslosigkeit hervor. Grundsätzlich muß man wissen, daß im Bundeszentralregister nur Verurteilungen verzeichnet werden, wenn es sich um Haftstrafen, Bewährungsstrafen oder hohe Geldstrafen handelt. Geringfügige Geldstrafen für leichte bis mittelschwere Vergehen werden hier nicht aufgenommen. Zudem werden nur rechtskräftige Verurteilungen aufgenommen. Wer also 1994 eine Straftat beging, durfte sich nur wenig Zeit lassen, um bis 1998 wieder im BZR zu landen. Denn die Ermittlungen dauern im Normalfall schon mal 2 Jahre. Wenn es dann zur Hauptverhandlung kommt, Anklage und Verteidigung den Rechtsweg voll ausschöpfen, dauert das noch mal mindestens 2 Jahre. Eine Eintragung bis 1998 ist also in vielen Fällen aus rein formaljuristischen Gründen gar nicht möglich

gewesen. Zudem setzt die Verurteilung auch voraus, daß der Täter beweissicher überführt wird. Dazu muß er aber erst einmal erwischt werden, was der Polizei auf Grund der Personalsituation und ihrer materiellen Ausstattung mehr als schwer fällt, insbesondere bei schweren Straftaten. Um in Deutschland zu einer Haftstrafe verurteilt zu werden, muß man schon einiges angestellt haben. So einfach, wie sich das der Bürger wüschte bzw. vorstellt, ist es bei weitem nicht. Lohnenswerter wäre also auch ein Blick ins Inpol-System der Länderpolizeien gewesen, um hier zu sehen, ob bei der Polizei bis 1998 gegen einen 1994 Verurteilten wieder ermittelt wurde. Inhaftierten kann man zumeist das Prädikat anheften, tatsächlich Berufskriminelle zu sein. Daß also bei Inhaftierten die Rückfallquote höher liegt, ist nur logisch. Zumal die Herren Professoren auch völlig außer Acht ließen, daß gerade Berufsganoven mehrere Verfahren gleichzeitig zu laufen haben. So ist es natürlich dann auch möglich, daß ein 1994 Verurteilter schon 1995, obwohl noch in Haft sitzend, abermals zu einer Haftstrafe verurteilt wird.

Geradezu grotesk ist die gespielte Betroffenheit hinsichtlich der Rückfallquote bei Jugendlichen. Hier gilt, daß bei jungen Menschen das 68er Gutmenschaugedoppelt so oft zugekniffen wird, wie bei Erwachsenen. Im Gegensatz zum Erwachsenenstrafrecht wird jedoch hier in vielen Fällen das sogenannte Schnellverfahren angewandt, so daß ein Verfahren inklusive Hauptverhandlung schon nach mehreren Wochen beendet sein kann. Zählt man eins und eins zusammen, also die fast ausschließliche Berücksichtigung von schwerstkriminellen Jugendlichen und der Vielzahl von Schnellverfahren, ist natürlich klar, warum hier die Rückfallquote, also die erneute Eintragung im Bundeszentralregister, so exorbitant hoch ist.

Die Liste der fachlichen Mängel ließe sich noch um einiges fortführen. Fakt ist, daß Deutschlands Journaille die Ausführungen der Bundesjustizministerin Zypries vollkommen unkritisch aufnahm. Daß Deutschlands Strafverteidiger die Abschaffung der Haftstrafe fordern, läßt man sich ja mit einem gewissen Amusement noch gefallen. Daß eine Ministerin und ihre Fachex-

perten entweder aus reiner Inkompetenz oder aus ideologischen Gründen zu solchen Schlußfolgerungen fähig sind, hat dann nicht einmal mehr Situationskomik. Grund zum Lachen haben einzig die Kriminellen, die sich von derlei Gedankenspielen eines Rechtsstaates geradezu aufgestachelt fühlen müssen.

Amtsticker

Bundestag:

Die CDU/CSU-Fraktion stellte an die Bundesregierung eine Große Anfrage (15/ 2438) zum Thema EU-Osterweiterung. So fragt die CDU/CSU-Fraktion, welche beschäftigungspolitischen Auswirkungen die Osterweiterung auf Deutschland haben wird. Ferner interessiert die Fraktion, wie das Lohnkostengefälle von Deutschland zu den Neumitgliedern aussieht. Auch fragen CDU und CSU, ob durch die Osterweiterung mit einer Zuwanderung und vielleicht mit einer Abwanderung deutscher Unternehmer zu rechnen ist. Zudem wird erfragt, ob die Osterweiterung Auswirkungen auf das Kriminalitätslagebild in Deutschland haben könnte. Kommentar FJ:

Böse formuliert, erinnert das an Verhaltensmuster der SS. Die haben auch erst geschossen und dann gefragt „Wer da?“. Aber immerhin schwant den Christdemokraten und –sozialen, daß die von ihnen selbst mitzuverantwortende EU-Osterweiterung vielleicht doch nicht nur heile Welt für Europa bedeuten wird. Vollkommen hoffnungslos dagegen Rot-Grün. Zu einer Beantwortung der Großen Anfrage sah sich die Bundesregierung bislang nicht befähigt.

Freiheitliche Vernehmung

Das Interview der Freiheitlichen Jugend

unnachgiebig – provokant - nervend

Interview mit Wilfried Biedermann

DZ: Hallo Wilfried, auch wenn die FID laut ihrer Satzung keinen Vorsitzenden kennt, so kann man wohl doch behaupten, daß Du die

FID leitest und führst. Wie und wann bist Du denn zur FID gekommen?

Biedermann: Nachdem wir den BUND FREIER BÜRGER auflösen mussten, stellte sich die Frage nach dem "Wie geht es weiter?". Dr. Bandulet hatte den Gedanken eines Clubs oder Vereins, um die Philosophie, die sich als richtig erwiesen hatte, weiter unter die Menschen zu bringen und das Potential zu erhalten und auszubauen. Diesen Gedanken haben wir aufgegriffen.

DZ: Zuvor warst Du bayrischer Landesvorsitzender der Ende 2000 aufgelösten Partei Bund Freier Bürger. Hattest Du nach dem BFB nicht genug von der Politik?

Biedermann: Von der Politik der Altparteien hatte ich bereits vorher genug. Doch der Blick in die täglichen Medien hat mich und viele andere hoch motiviert weiterzumachen, obwohl immer wieder Phasen da waren, in denen man das Ganze in Frage gestellt hat.

DZ: Nach anfänglichen Schwierigkeiten, die die FID hatte, kam mit Dir auch der nötige Schwung rein. Was hast Du anders gemacht als Dein Vorgänger, Herr Bernd von Lindenfels?

Biedermann: Bernd von Lindenfels hat in der Anfangsphase wichtige Arbeit geleistet, besonders im Vorfeld der Gründung mit Erstellen der Satzung und anderer Formalitäten. Danach ging es darum, das Produkt zu verkaufen und anzuschieben. Dieses liegt mir besonders. Ich muß mich in meinem Beruf tagtäglich in einem schwierigen Markt behaupten. Diese Kenntnisse und Erfahrungen konnte ich natürlich für die FID nutzen.

DZ: Du hattest im Verlaufe der letzten Jahre das zweifelhafte Vergnügen, wirklich fast jede Organisation des freiheitlichen Spektrums kennen zu lernen. Deine Einschätzung – welchen Eindruck hast Du vom Führungspersonal der vielen Miniparteien und Gruppierungen?

Biedermann: In allen Parteien und Gruppierungen finden sich immer noch hervorragende Persönlichkeiten, obwohl ich das Potential in den Menschen die diese Parteien mittlerweile verlassen haben und sich ins Privatleben zurückgezogen haben genauso hoch einschätze. Leider sind beson-

ders in den bestehenden Parteien aber auch Funktionäre an wichtigen Positionen, die sich und den Wert ihrer Partei falsch einschätzen. Da sie um diesen Umstand wohl wissen, blockieren sie eher eine Zusammenarbeit, da sie in einer größeren Organisation viel an Einfluß verlieren würden. Hier steht der Egoismus tatsächlich über dem Patriotismus.

DZ: Beachtlich an Deiner Arbeit ist vor allem, daß Du tatsächlich einen engen Kontakt zur Kärntner FPÖ und Dr. Jörg Haider persönlich herstellen konntest. Welchen Eindruck hast Du von der FPÖ und von Jörg Haider. Und vor allem: Welchen Eindruck haben die von uns?

Biedermann: Als BFB Bayern hatten wir ja bereits einen Freundschaftsvertrag mit der FPÖ Kärnten. Diese Kontakte habe ich genutzt und ausgebaut. Jörg Haider ist ein Mensch mit besten charakterlichen Eigenschaften, der ein hervorragendes politisches Gespür für die Dinge hat, die die Menschen bewegen. Sein Anliegen ist es, Politik für die Fleißigen und Tüchtigen in unserer Gesellschaft zu machen, Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben stehen bei ihm weit höher im Kurs als Lobbyismus für Großkonzerne, den er ablehnt und bekämpft. Nicht alle in der FPÖ haben in den letzten vier Jahren so gedacht, hier liegen auch die Gründe dafür, daß die FPÖ bei den Wählern nicht so hoch im Kurs stand. Die FPÖ bezeichnet uns als Freunde. Besonders die Verbindung zwischen Bayern und Kärnten sind sehr gut. Die FID hat auch eine enge Verbindung zum „Club der Freunde Jörg Haiders“. Der Club ist größtes Verbandsmitglied der FID.

DZ: Die FID galt lange Zeit als erfolgsversprechend, da wirklich alle Parteien und Gruppierungen an einem Tisch saßen. Geplant war die gemeinsame Teilnahme am EU-Wahlkampf. Warum wurde nichts draus?

Biedermann: Dieses hätte nur funktioniert, wenn alle Parteien bereit gewesen, auf eine eigene Teilnahme zu verzichten und eine gemeinsame Teilnahme zu favorisieren. Eine Vielzahl von Verhandlungen scheiterte an irgendwelchen nicht nachvollziehbaren Vorwänden. Außerdem hätte eine Unterstützung der FPÖ besonders in Süddeutschland hier sehr viel bewe-

gen können. Doch die österreichischen Freunde mußten sich in den letzten Monaten verstärkt um ihre eigene Stabilisierung kümmern, was allzu verständlich ist.

DZ: Im Internetforum www.neuefreiheit.info tauchte zuletzt eine Pressemitteilung der FID auf, nach der die FID ihre Strategie gewechselt hat? Kannst Du uns die neue Strategie näher erklären und weshalb der Kurswechsel notwendig wurde?

Biedermann: Nach all den Erfahrungen der letzten 18 Monaten muß man ganz klar erkennen, daß ein Zusammenschluß der Parteien nicht möglich ist. Vielleicht ist dieses möglich, wenn diese Parteien durch weitere Wahlniederlagen noch mehr dezimiert werden. Nur was dann noch übrig bleibt, eignet sich nicht mehr für einen Neuanfang. Auf der anderen Seite gibt es wie zuvor erwähnt in diesen Parteien hervorragende Persönlichkeiten, mit denen nicht nur ein Neuanfang möglich ist, sondern die auch bereit sind hieran mitzuarbeiten. Diese gilt es jetzt als Einzelmitglieder zu gewinnen und in die Organisation einzubauen. Nach einer neuesten Umfrage hat sich die Zahl der Nichtwähler und politisch Heimatlosen seit der letzten Bundestagswahl von 21% auf 37% erhöht. Dieses ist noch nicht das Ende dieser Entwicklung. Überall bilden sich Gruppierungen als Bürgerinitiativen – besonders auf kommunaler Ebene. Viele davon haben eine freiheitliche Grundeinstellung und stimmen mit uns überein. Die FID will versuchen, hier als Netzwerk und Dachorganisation zu wirken, um hier als Kontaktstelle zu moderieren.

DZ: Als Integrationsfigur der FID mußt Du sicher auch viele gutgemeinte Warnungen vor anderen Beteiligten ertragen. Gab es denn irgendjemanden am Runden Tisch, vor dem man Dich mal nicht warnte, weil er angeblich ein Spitzel oder sonst was sein soll?

Biedermann: Nein bisher noch nicht konkret, aber natürlich ist das, was wir tun nicht ungefährlich. Es ist nicht die erste berufliche Karriere behindert oder ruiniert worden, wenn man gegen das Establishment

ankämpft. Politik ist ein verdammt schmutziges Geschäft, es ist mehr als Vorsicht geboten.

DZ: Was glaubst Du, werden die Freiheitlichen Deutschlands irgendwann einmal eine einzige Sammelbewegung auf Parteebene erreichen?

Biedermann: Dieses ist im Moment schwierig zu beantworten. Allerdings darf es nicht allzu lange dauern, sonst ist es zu spät. Deutschland steht vor der Auflösung und dann wird alles noch schwieriger.

DZ: Mit einer gemeinsamen Partei wäre es noch lange nicht getan. Was fehlt den Freiheitlichen Deutschlands noch zum politischen Erfolg?

Biedermann: Themen gibt es genug, eine Organisation selbst ist zu schaffen. Es fehlt eine Persönlichkeit à la Jörg Haider und natürlich die nötigen Geldmittel.

DZ: Auch wenn zum Redaktionsschluß der Ausgang der Kärntner Wahl noch nicht fest steht: Was erwartest Du von dieser Wahl und warum ist diese auch für die deutschen Freiheitlichen so extrem wichtig?

Biedermann: Jörg Haider und die Kärntner FPÖ führen derzeit einen erstklassigen Wahlkampf. Nachdem man gegen Ende des Jahres 2003 bei ca. 22% lag und für Jörg Haider bereits die Nachrufe besonders in deutschen Zeitungen zu lesen waren, hat sich das Blatt gewendet. Derzeit, und dieses eine Woche vor der Wahl, liegt die Partei bei 38% Kopf an Kopf mit den Sozialisten. Jörg Haider könnte in der verbleibenden Woche noch als erster durchs Ziel gehen. Sollte dies der Fall sein, werden die Karten neu gemischt. Jörg Haider wird dann in seiner Partei wieder die Rolle spielen, die ihm zusteht. Er selbst hat mir gesagt, daß nach dem 7. März wieder alles möglich ist.

DZ: Was uns schon zu unserer Standardabschlußfrage führt: Seit Jörg Haiders Erfolgen ist in Europa ein neuer Begriff im Umlauf – Freiheitlich. Was verstehst Du unter freiheitlicher Politik?

Biedermann: Jörg Haider lebt es in Kärnten als Landeshauptmann vor. Freiheitlich bedeutet, Politik zum Wohle des Volkes zu gestalten. Es läßt

sich nicht auf die herkömmlichen ideologischen Klischees reduzieren. Nach freiheitlicher Philosophie steht der Mensch und seine Freiheit im Vordergrund. Die Politik ist dafür da, die notwendigen Rahmenbedingungen hierfür zu schaffen. Eigenverantwortlichkeit, Chancengleichheit, Solidargemeinschaft – das sind sicherlich die Hauptschlagworte freiheitlicher Politik.

DZ: Wilfried, vielen Dank für das Interview und weiterhin viel Nervenkraft für Dein Engagement.

Steckbrief:

Name: Wilfried Biedermann
Jahrgang: 1951
Geburtsort: Müllenbach
Wohnort: München
Freizeit-tätigkeiten: Fußball, Skilanglauf und alpin, Radfahren, Tennis, Politik

Schulab-Schluss:

Volksschule, Berufs- und Wirtschaftsfachschule

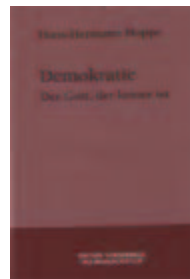
erlernter Beruf:

Großhandelskaufmann

ausgeübter Beruf:

Geschäftsführer, Gesellschafter

Freiheitliche Lektüre



Autor: Hans-Hermann Hoppe

Titel: „Demokratie – Der Gott, der keiner ist.“

540 Seiten, 24,80 €

Bestellung per Mail unter:

buchdienst@jungefreiheit.de (Junge Freiheit)

institut@staatspolitik.de

(Institut für Staatspolitik)

Lichtschlag@eifrei.de (eigentümlich frei)

Bild entnommen von www.eifrei.de (eigentümlich frei)

Rezension des Instituts für Staatspolitik

„Es erfüllt mich mit Genugtuung und Zuversicht, daß mein jüngstes Buch in

Deutschland erscheint. Dies ist nicht ganz so selbstverständlich, wie man glauben mag; denn Deutschland ist kein freies Land. Es gibt in Deutschland nicht einmal Redefreiheit. Wer hier bestimmten regierungsamtlich verkündeten Aussagen öffentlich widerspricht, wird eingekerkert. Und wer sich politisch unkorrekt äußert, wird kaltgestellt und mundtot gemacht.“ So beginnt das Vorwort von Hoppes neuem Buch, daß seit zwei Wochen in einer guten Übersetzung erschienen ist. Hoppes Thesen fordern heraus und beunruhigen und werden in den nächsten Monaten für hohen Wellengang sorgen, weil sie die Demokratie in Frage stellen. Konstruktive Kritik! Hoppe entwirft Alternativmodelle auf der Grundlage einer „natürlichen Ordnung“ (natural order).

Rezension der Jungen Freiheit

Allgemein wird die Überwindung der Monarchien im alten Europa und die Etablierung demokratischer Staatsformen an ihrer Stelle als ein zivilisatorischer Fortschritt gefeiert, der einen Zuwachs an Freiheit gebracht habe. Der in den USA lehrende deutsche Philosoph und Ökonom Hans-Hermann Hoppe bestreitet diese Wertung, denn die DEMOKRATIE fördere kurzsichtiges, parasitäres Verhalten der Politiker, konfiskatorische Besteuerung und moralischen Relativismus entgegen zum Beispiel viel langfristigeren Konzeptionen in Erbmonarchien. Besser noch, so Hoppe, sei jedoch das völlig privatwirtschaftliche Modell einer "natürlichen Ordnung", die ohne jeden bevormundenden Wohlfahrtsstaat auskomme. Hoppes nun endlich ins Deutsche übertragene Studie erreichte innerhalb kurzer Zeit fünf Auflagen. Mit Recht zählte die FAZ in einer geradezu hymnischen Besprechung Hoppes provokantes Werk zu jenen Büchern, die "für einige Jahre oder gar Jahrzehnte die Identitätsstiftung politischer Bewegungen besorgen".

Impressum:

Für den Inhalt verantwortlich ist der Vorstand der Freiheitlichen Jugend e.V., Bundesvorsitzender ist Steve Schwitek. Der Denkzettel ist die Informationsschrift der Freiheitlichen Jugend e.V. Bundesgeschäftsstelle: Postfach 18 01 55, Tel.: 030 22 19 91 53, Fax: 030 22 19 91 54, E-Mail: fj.bund@gmx.de